

FRIEDENS JOURNAL



Militärische Übungen als versehentliche Kriegsursache?



Foto: Ralf Roletschek (Spielbank Wiesbaden)

- Wie die Welt 1983 einem nuklearen Schlagabtausch entgangen ist
- Kriegsvorbereitungen in der Ostsee und rundum
- Die neue deutsche Kanonenbootpolitik im Pazifik
- SIKO / MSC 2021: „Narretei des Krieges“ – „Oase der Ehrlichkeit“
- Die Eurodrohne – zentrales Element deutscher Aufrüstung



Herausgeber:
Bundesausschuss
Friedensratschlag

März - April 2021/Nr. **2**

Militärische Übungen als versehentliche Kriegsursache?

Schwerpunkt	
Wie 1983 die Welt einem nuklearen Schlagabtausch entgangen ist	6
Kriegsvorbereitungen in der Ostsee	8
Die neue deutsche Kanonenbootpolitik	10
Brennpunkt	
Siko / MSC 2021: „Narretei des Krieges“	3
Die Eurodrohne und deutsche Aufrüstung	12
Friedensbewegung	
Ostermarsch Baden-Württemberg	15
Aktivitäten zum Atomwaffenverbotsvertrag	16
Rubriken	
Bundeswehrmandat in Afghanistan	5
Spiel mit dem Feuer / Nato-Flugzeuge	7
Buchbesprechung: Europa – ein Nachruf	14
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 1.3.2021	
Impressum	
Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.	
Herausgeber: Bundesausschuss Friedensratschlag Germaniastraße 14, 34119 Kassel www.friedensratschlag.de	
Redaktion: Lühr Henken, Werner Ruf, Horst Trapp, Ewald Ziegler, V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil	
Redaktionsanschrift: Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V. c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77, 60329 Frankfurt am Main e-Mail: info@frieden-und-zukunft.de	
Kontoverbindung: Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V. Frankfurter Sparkasse, BIC: HELADEF1822 IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90	
Internetausgabe: auf www.frieden-und-zukunft.de einschließlich digitalem Archiv ab 2010. ISSN 2193-9233	

Zum Titelbild:

Vabanque ist ein Begriff aus dem Glücksspiel. Die französische Wendung **Va banque!**, (deutsch: Es gilt die Bank!), bedeutet, dass ein Spieler einen Einsatz in der Höhe der aktuellen Bankeinlage tätigt. Besonders berühmt geworden ist die Verwendung dieses Begriffs in einem überlieferten Gespräch zwischen Hermann Göring und Adolf Hitler anlässlich der britischen Kriegserklärung 1939. Göring riet Hitler: „Wir wollen doch das Vabanque-Spiel lassen“, worauf Hitler antwortete: „Ich habe in meinem Leben immer Vabanque gespielt.“ (Quelle: Wikipedia)

Liebe Leserinnen und Leser,

die Gefahr eines dritten, alles vernichtenden Weltkrieges wird meistens an den eskalierenden globalen Rüstungsausgaben und der Entwicklung neuer Waffensysteme festgemacht. Doch das ist nur eine Seite der Medaille. Tatsächlich besteht das größte Kriegsrisiko aber darin, dass zunehmend gefährliche Konfrontationen durch USA und NATO-Staaten gegenüber den als solchen deklarierten Feindstaaten Russland und China provoziert werden. Damit drohen nicht nur Kriegsmanöver, sondern bereits einfache militärische Übungen außer Kontrolle zu geraten. Die gesamte Geschichte des Kalten Krieges zwischen Ost und West beinhaltet nicht nur Kriegs- und Vernichtungspläne gegen die damalige Sowjetunion. Vor allem in den 80er Jahren gab es mehrere Beispiele dafür, dass nur durch glückliche Umstände der rote Knopf zum Start von interkontinentalen Atomraketen nicht ausgelöst wurde und die Menschheit von einem nuklearen Inferno verschont geblieben ist. Missverständnisse und technische Fehlfunktionen gab es hierbei auf beiden Seiten.

Auch wenn dieses bereits seit längerem bekannt ist, gibt es immer wieder – nach langen Jahren – nicht mehr klassifizierte Dokumente, die das ganze Ausmaß dieses Abgrundes aufzeigen. Markus Kompa, der seit Jahren auf die Auswertung dieser Dokumente spezialisiert ist, liefert dazu einen aktuellen Beitrag.

Heute stehen wir wieder vor einer Situation, die man als noch kritischer als in den 80er Jahren bezeichnen könnte. Hasardeure, die einen Atomkrieg tatsächlich als nützliches Mittel zum Zweck ansehen, gab es zwar bereits schon Ende der 40er Jahre in den

USA. Anders als damals droht aber ein Verlust an kritischen Stimmen bei führenden Politikern und Militärs angesichts der zügellosen Eskalation von Drohgebärden gegenüber Russland und China. Insbesondere der politische Umgang seitens der transatlantisch dominierten deutschen Politik und der EU gegenüber Russland ist mittlerweile fern jeglicher Vernunft.

Dieses zeigt sich auch im Gebaren der militärischen NATO-Präsenz weltweit, wobei die Bundeswehr mittlerweile überall mit dabei ist, d.h. nicht nur in der Ostsee, sondern auch im Indopazifik. Schließlich heißt es sogar auf der Bundeswehr-Homepage: „Von der schnittigen Fregatte bis zum top-modernen Unterseeboot – mit ihren Seesystemen ist die Bundeswehr für ihre Einsätze auf allen sieben Weltmeeren vielseitig ausgerüstet.“

Für uns als Friedensbewegung müssen diese Kriegsübungen, die in dem Beitrag von German Foreign Policy als Vabanque-Spiel bezeichnet werden, viel stärker thematisiert werden, wofür auch Horst Leps in seinem Beitrag über die Kriegsspiele in der Ostsee plädiert. Dessen ungeachtet bleibt aber der Widerstand gegen tatsächliche Kriegseinsätze wie in Afghanistan, dessen 20-jährliches „Jubiläum“ wir wohl Ende des Jahres begehen werden, nach wie vor auf der Agenda

Zurückliegende dezentrale Aktionen am 22. Januar zum Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrages und die Großdemonstration zur (virtuellen) Sicherheitskonferenz in München lassen in diesem Jahr eine rege Beteiligung bei den anstehenden Ostermärschen erwarten. Wie es dann weiter geht, wird am 18. April in einer bundesweiten Aktionskonferenz der Initiative „Abrüsten statt Aufrüsten“ beraten.

Die Redaktion



Foto: Screenshot aus Video von Gerhard Hallermeyer (YouTube)

Demonstration gegen die Münchener Sicherheitskonferenz am 20.2.2021. Da diese nur virtuell stattfand, führte der Demonstrationzug auf seiner Wegstrecke auch direkt am Hotel Bayerischer Hof vorbei, das üblicherweise großräumig polizeilich abgeriegelt wird.

Siko / MSC 2021: „Narretei des Krieges“ – „Oase der Ehrlichkeit“

von Jürgen Wagner, Informationsstelle für Militarisation e.V., Tübingen



Proteste in München gegen die virtuelle Siko am 20.2.2021, Quelle: www.sicherheitskonferenz.de

Gegen Russland, China und für mehr Militäreinsätze

Die Pandemie und ihre Auswirkungen war, wie nicht anders zu erwarten, ein prägendes Thema der diesjährigen – umständehalber online und in abgespeckter Form abgehaltenen – Münchner Sicherheitskonferenz (MSC).

Auf dem wohl wichtigsten Treffen der westlichen „sicherheitspolitischen Gemeinschaft“ wurde, wie nicht unüblich bei dieser Veranstaltung, auch diesmal kräftig die transatlantische Einigkeit beschworen – in diesem Jahr, nach der Abwahl Donald Trumps und dem Auftritt des neuen US-Präsidenten Joseph Biden, geschah dies allerdings mit besonderer Inbrunst.

Gleichzeitig wurde noch einmal deutlicher als in den Jahren zuvor die „Systemkonkurrenz“ zwischen USA und EU auf der einen und China sowie Russland auf der anderen Seite hervorgehoben, für die es sich zu rüsten gelte. Bekräftigt wurden zu allem Überfluss auch noch die kurz zuvor beim Treffen der NATO-Verteidigungsminister getroffenen Entscheidungen, den

eigentlich für April vorgesehenen Truppenabzug aus Afghanistan bis auf Weiteres auf Eis zu legen und die Zahl der NATO-SoldatInnen im Irak massiv zu erhöhen.

Als neuer Vorschlag kam dann auch noch Angela Merkels Idee daher, einen „robusten“ UN-Einsatz in der Sahelzone auf den Weg zu bringen.

Wenn auch häufig etwas verklausuliert, bestätigten die meisten RednerInnen damit den von CSU-Chef Markus Söder in seiner Begrüßung beschriebenen Markenkern der Veranstaltung, sie sei eine „Oase der Ehrlichkeit“, indem dort den einmal mehr couragiert vorgetragenen Forderungen von UN-Generalsekretär António Guterres, der „Narretei des Krieges“ abzuschwören, eine klare Absage erteilt wurde.

(Kein) Geld für Afrika zur Pandemiebekämpfung

Den Auftakt der MSC bestritt UN-Generalsekretär António Guterres, der allen, die es hören wollten, einmal mehr eine Menge sinnvoller Vorschläge mit auf den Weg gab. Vehement mahnte er einen solidarischen Umgang bei der Bewältigung der Pandemie an, was interessanterweise auch in relativ vernünftiger Weise im MSC-Begleitbericht „Poly Pandemie“ gefordert wurde. Darin wurde wenige Tage vor Beginn der Sicherheitskonferenz geschrieben:

„Die gesamte Finanzierungslücke für die Pandemiebekämpfung in Afrika wird für jedes der nächsten drei Jahre auf 100 Milliarden US-Dollar geschätzt. Die Debatte unter den wohlhabenden Ländern, wie diese Lücke zu schließen ist, sollte zum frühestmöglichen Zeitpunkt beginnen – und europäische Regierungen sollten diese Diskussion vorantreiben. In der Zwischenzeit muss Europa sicherstellen, dass Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe nicht dem Rotstift zum Opfer fallen – auch und vor allem ange-

sichts des wachsenden Drucks auf die Staatshaushalte.“

Auch diverse RednerInnen griffen dieses Thema auf der MSC auf – allerdings auch gerne garniert mit dem Seitenhieb, wenn der Westen hier nicht aktiv werde, eröffne dies nur China und Russland weitere Möglichkeiten sich unbotmäßig in westlichen Einflussphären breit zu machen. Was außerdem vermieden wurde war die Frage, woher die Gelder für die Pandemiebekämpfung stammen sollen. Wenn man den Reden auf der Sicherheitskonferenz lauschte, konnte man jedenfalls über eines sicher sein: nicht aus den Verteidigungsbudgets.

Stattdessen stellte sich US-Präsident Joseph Biden hin und forderte in voller Kontinuität zu seinem Vorgänger größere Rüstungsanstrengungen von den Verbündeten und Kanzlerin Angela Merkel freute sich in Richtung Übersee vermelden zu können, dass Deutschland in Sachen Erhöhung des Militärhaushaltes voll auf Kurs sei:

„Ich kann heute sagen, dass wir in diesem Jahr bei 1,5 Prozent angekommen sind, nachdem wir 2014 1,1 Prozent Verteidigungsausgaben hatten. Wir führen uns dem 2-Prozent-Ziel natürlich weiterhin verpflichtet und werden auch weiter daran arbeiten.“

In Zahlen referierte Merkel damit die Entwicklung des deutschen Militärbudgets, das in den letzten Jahren nach NATO-Kriterien von 35 Mrd. Euro (2015) auf 53 Mrd. Euro (2021) kometenhaft angestiegen ist. Gleiches gilt für die NATO als Ganzes, deren Mitglieder 2015 „nur“ 895 Mrd. Dollar für ihr Militär ausgaben, während es 2020 schon 1092 Mrd. Dollar waren. Die Frage, woher die Gelder für die Pandemiebekämpfung (und andere sinnvolle Dinge) kommen sollten, wäre somit recht einfach zu beantworten gewesen – doch darüber verlor auf der Sicherheitskonferenz niemand ein Wort.

Guterres: Erneuter Appell

Auch andere Impulse von Guterres wurden geflissentlich ignoriert: Schon im März letzten Jahres ergriff er die In-

itiative, um alle Länder gerade im Zeichen der Pandemie zu einem „Globalen Waffenstillstand“ aufzufordern. In seiner damaligen Rede „Die Raserei des Virus offenbart die Narretei des Krieges“ forderte er einen „unverzüglichen, globalen Waffenstillstand in allen Ecken der Welt“. Dabei appellierte er an sämtliche Konfliktparteien:

„Ziehen sie sich von allen Kampfhandlungen zurück. Verabschieden sie sich von Misstrauen und Feindseligkeiten. Bringen sie die Gewehre zum Schweigen, Stoppen sie die Artillerie, beenden sie die Luftschläge“.

Diesen Appell wiederholte Guterres auch auf der Münchner Sicherheitskonferenz, den die NATO-Verteidigungsminister aber bereits kurz zuvor auf ihrer Tagung mit Entscheidungen zur Ausweitung bzw. Beibehaltung der Einsätze im Irak und Afghanistan in den Wind schlugen. Und leider genauso wenig Resonanz erfuhren Guterres' Warnungen in seiner MSC-Rede vor einem wachsenden „militärischen und geostrategischen Riss“ wie auch sein Plädoyer „geopolitische Spannungen abzubauen“.

Der Neue Kalte Krieg

Der mit großem Brimborium angekündigte erste große Auslandsauftritt des neuen US-Präsidenten Joseph Biden hatte viel von einem Déjà-vu. Wie schon Barack Obama als Nachfolger des in Europa zumeist nicht eben beliebten George W. Bush trat auch Biden als derjenige auf, der nach den dunklen Jahren der transatlantischen Zerwürfnisse unter Donald Trump nun wieder zum freundschaftlichen Schulterchluss bereit sei.

Und tatsächlich, dass Biden ankündigte, die USA würden versuchen, das Atomabkommen mit dem Iran wiederzubeleben, ist sicher ebenso zu begrüßen wie der – öffentlichkeitswirksam am selben Tag wie die MSC selbst offiziell vollzogene – Wiederbeitritt der USA zum Pariser Klimaabkommen. Abseits dessen sieht es aus friedenspolitischer Sicht aber eher düster aus, sowohl was Bidens Positionierung als Hardliner in Sachen China und Russland anbelangt als auch mit Blick auf die ersten Entscheidungen bezüglich diverser Militäreinsätze und Stationierungen.

Wie bereits angedeutet, hatte sich Biden schon seit einiger Zeit als Hardliner in Sachen China und Russland positioniert. Und auch auf der Sicherheitskonferenz blieb der neue US-Präsident diesem Ruf treu. Man sei an einem „Scheidepunkt“ und befinde sich in einem „langfristigen Wettbewerb mit China“, der „intensiv werden“ könne. Aber: „ich glaube an das globale System, das die USA und ihre Bündnispartner aufgebaut haben.“

Gleich im Anschluss griff Kanzlerin Merkel diesen Ball in ihrer Rede bereitwillig auf, China sei ein „systemischer Wettbewerber“, der an „globaler Schlagkraft“ gewinne. Dies bedürfe eines transatlantischen Schulterchlusses, da hier die größten Übereinstimmungen seien, das zu schützen, was seit einigen Jahren gerne als „Regelbasierte Ordnung“ bezeichnet wird: „Aber vom Grundansatz, von der Wertebasis, von der Überzeugung, von der Demokratie und ihrer Handlungsfähigkeit her haben wir ein breites, gutes, gemeinsames Fundament. Wir müssen zeigen, dass wir Länder nicht in Abhängigkeiten bringen wollen, sondern dass wir Länder von unserer Art zu leben und von unserer Art Politik zu machen überzeugen wollen.“

Die Sache mit den Regeln

Anknüpfend an die Reden Bidens und Merkels wusste dann auch noch NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg in seiner Rede zu verkünden, der Westen müsse die „Regelbasierte Ordnung verteidigen“, da „China und Russland versuchen, die Regeln neu und umzuschreiben, um ihren Interessen zu dienen.“ Nun ist es wirklich nicht zwingend erforderlich, China und Russland jeglicher militärisch-machtpolitischer Ambitionen freizusprechen. Dass aber der Westen – freundlich formuliert – maßgeblich zu dem beigetragen hat, was heute als militärisch aufgeladene neue Großmachtkonkurrenz bezeichnet wird, steht ebenso außer Frage. Stattdessen wird aber nur allzu gerne ohne einen Hauch der Selbstkritik auf die „Systemrivalen“ verwiesen, die einen regelrecht zwingen würden, trotz allem Widerwillen aufrüsten zu müssen. Der Versuch, sich in die Sichtweise des „Gegners“ zu versetzen, spielt leider inzwischen überhaupt keine Rolle mehr. Ein „schönes“ Beispiel

hierfür ist das „Positionspapier: Gedanken zur Bundeswehr der Zukunft“, das Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer und Bundeswehr-Generalinspekteur Eberhard Zorn am 9. Februar 2021 veröffentlichten:

„Wir selbst denken nicht in den Kategorien von Machtpolitik und Dominanz, doch andere tun es und handeln danach. [...] China ist von einer aufstrebenden Volkswirtschaft zu einem machtvollen und immer häufiger sichtbar ausgreifenden Akteur geworden. [...] Russland definiert sich als Gegenmacht zum Westen. Immer deutlicher hat Moskau seine militärischen und politischen Drohungen in jüngster Zeit verschärft und internationale 2 Verträge wesentlich verletzt. Russland wendete in den vergangenen Jahren in seiner Nachbarschaft militärische Gewalt an und rüstet massiv konventionell und nuklear auf. [...] Wir setzen uns konsequent für die regelbasierte internationale Ordnung ein, in NATO und EU und Kooperation mit unseren Verbündeten und Wertepartnern weltweit.“

Wenn die Münchner Sicherheitskonferenz vor diesem Hintergrund überhaupt je irgendeinen Nutzen hatte, dann bestand er darin, dass in früheren Jahren stets auch die ein oder andere vereinzelte Stimme aus Russland oder China zu Wort kam, um deren Sichtweise wenigstens in Ansätzen Gehör zu verschaffen. Über diese Einladungen wurde vormals wenigstens eine gewisse Dialogbereitschaft signalisiert – nicht so aber bei der diesjährigen Veranstaltung.

Hätte man zum Beispiel jemanden wie Sergey Karaganov, der als einer der engsten Berater des russischen Präsidenten gilt, zu Wort kommen lassen, hätte man eine gänzlich andere Sichtweise über die vielbejubelte Regelbasierte Ordnung erhalten können:

„Die Krise von 2008 hatte neben anderen Dingen gezeigt, dass das westliche Wirtschaftsmodell nicht in der Lage ist, mit fairer Konkurrenz umzugehen, wenn es nicht durch militärische Vorherrschaft abgesichert ist. Von der liberalen Handels- und Wirtschaftsordnung profitieren vornehmlich diejenigen, die ihre Regeln auf Grundlage ihrer militärischen und maritimen Überlegenheit entworfen haben, zuerst das Vereinigte Königreich, dann die Vereinigten Staaten. Ihre überlegenen Waffen und Kriegsschiffe machten es neben einer effizienten militäri-

schen Organisation möglich, Kolonien auszuplündern und Handelsregeln zu diktieren. Das plastischste Beispiel hierfür ist die Reihe von Kriegen im 19. Jahrhundert, die China zwangen, sich am Opiumhandel mit Britisch Indien zu beteiligen, der sich für Großbritannien als überaus erfolgreich erwies, aber große Teile der chinesischen Gesellschaft vergiftete und ihren Ruin beschleunigte.“

Flucht nach vorne: Ausbau der Kriegseinsätze

Auch wenn der transatlantische Schulterchluss gegen China und Russland bei der Münchner Sicherheitskonferenz dominierte, wurden auch einige kurz zuvor gefällte Beschlüsse bestätigt. Dazu gehört einmal den eigentlich für April 2021 beschlossenen Truppenabzug aus Afghanistan auf Eis zu le-

gen. Als Grund dient der Verweis auf die schwierige Sicherheitslage, woran die westliche Truppenpräsenz allerdings nicht ganz unschuldig sein dürfte – dass Deutschland im Übrigen trotz dieses Befundes weiter Menschen nach Afghanistan abschiebt, ist ein Skandal, von dem leider kaum Notiz genommen wird.

Außerdem wurde beschlossen, das NATO-Kontingent im Irak von derzeit 500 SoldatInnen auf bis zu 4.000 deutlich zu vergrößern, was auf der MSC ebenfalls die ungeteilte Zustimmung der westlichen Staats- und Regierungschefs fand, während US-Präsident Joseph Biden gleichzeitig ankündigte, den von seinem Vorgänger Donald Trump geplanten US-Truppenabzug aus Deutschland wieder einzukassieren.

Und schließlich brachte Kanzlerin Angela Merkel noch einen „robusten“ UN-Einsatz in der Sahel-Zone ins Spiel, wo die letzten Wochen, Monate und Jahre eigentlich einmal mehr hätten zeigen sollen, dass das Militär hier kein Teil der Lösung, sondern des Problems ist:

„Wir unterstützen auch die G5-Sahel-Initiative, und ich würde mich dafür einsetzen, mit den Vereinigten Staaten von Amerika jetzt noch einmal darüber zu sprechen, ob wir diesen Ländern im Kampf gegen den Terrorismus nicht dadurch helfen sollten, dass wir gemeinsam ein Kapitel-VII-Mandat der Vereinten Nationen beschließen; denn das würde diesen Ländern noch einmal sehr viel mehr Unterstützung und Hilfe im Zusammenhang mit ihrem wirklich schwierigen Kampf gegen den islamistischen Terrorismus geben.“

Bundeswehr soll in Afghanistan 20 Jahre voll machen

Mandat um zehn Monate bis Ende Januar 2022 verlängert

Etwa 1.100 Bundeswehr-Soldaten sind aktuell vor Ort, weitere 200 könnten gemäß der zur Zeit geltenden Obergrenze hinzukommen. Bereits jetzt ist das deutsche Kontingent in Afghanistan das zweitgrößte nach dem der USA, die noch 2.500 Soldaten in dem Land stationiert haben.

Major a. D. Florian Pfaff von der kritischen Soldatenvereinigung Darmstädter Signal sieht darin keinerlei Sinn.

"Was in fast 20 Jahren nicht gelungen ist, gelingt auch nicht in zehn Monaten. Es wird dort keine militärische Lösung geben, nur noch mehr Tote. [...] Das weiß auch die weit überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung, wie sich in Umfragen immer wieder zeigte."

Bereits 2009 habe der vom damaligen Bundeswehr-Oberst Georg Klein befohlene Luftangriff bei Kunduz mit mehr als 100 Toten das Fass zum Überlaufen gebracht. Die zivilen Opfer des Angriffs hätten nur ihr Einkommen aufbessern wollen und eine Umweltverschmutzung verhindert, indem sie Treibstoff aus im Schlamm feststeckenden Tanklastern abgezapft hätten, so Pfaff. *"Die offizielle Version lautete damals, dass die Fahrzeuge eine Gefahr dargestellt hätten, in Wahrheit ging es aber dem später zum General beförderten Oberst Klein darum, alle dort anwesenden Menschen zu töten, unter denen er hochrangige Taliban vermutete."*

Nach diesem Massaker hätten sich auch Durchschnittsbürger der Region den Taliban zugewandt, so Pfaff. *"Früher wäre die deutsche Kanzlerin dort mit Tee bewirtet worden, heute mit TNT."* Die Zeiten, in denen Deutsche in Afghanistan nur mit "Brunnen bohren und Schulen bauen" in Verbindung gebracht werden konnten, seien lange vorbei.

Bundestag wird wohl erneut zustimmen

Im Rahmen der Nato-Mission "Resolute Support" soll die Bundeswehr nun laut offizieller Aufgabenbeschreibung einheimische Sicherheitskräfte ausbilden, beraten und unterstützen. Dass der Bundestag der Mandatsverlängerung zustimmt, gilt als sicher. Im März 2020 hatten 358 Abgeordnete für den Verbleib deutscher Soldaten in Afghanistan gestimmt- bei 160 Nein-Stimmen und 21 Enthaltungen.

Geschlossen dafür gestimmt hatte nur die CDU/CSU-Fraktion, in den Reihen der SPD taten dies 108 von 116 anwesenden Abgeordneten. Auch die FDP-Fraktion war seinerzeit mehrheitlich für die Verlängerung des Einsatzes, die Grünen mehrheitlich dagegen. Geschlossen dagegen gestimmt hatte außer der Fraktion Die Linke nur die der AfD.

Der Obmann der Linken im Verteidigungsausschuss, Alexander Neu, geht nicht von wesentlich veränderten Mehrheitsverhältnissen im Bundestag aus. Das gern genutzte Argument, ein sofortiger Truppenabzug aus Afghanistan würde zu Chaos führen, sei aber angesichts des bestehenden Chaos dort nicht tragfähig, so Neu.

Erstmals hatte der Bundestag im Dezember 2001 auf Antrag der "rot-grünen" Koalition unter Gerhard Schröder (SPD) über die deutsche Beteiligung an dem Nato-Krieg abgestimmt. Der damalige grüne Außenminister Joschka Fischer hatte zuvor auf einem Grünen-Parteitag die Delegierten der einstigen Friedens- und Ökopartei mehrheitlich davon überzeugen können.

Quelle: Telepolis (Claudia Wangerin) – 24.2.2021

Wie die Welt 1983 einem nuklearen Schlagabtausch entgangen ist

von Markus Kompa *)



Grafik: QPress

Seit die USA 2015 den höchstgeheimen Bericht für den Präsidenten von 1990 freigaben, weiß jeder Interessierte (außer ZDF-Historikern), was für ein Drama sich Anfang November 1983 hinter den Kulissen des Kalten Kriegs abspielte. Der damalige Mad King der USA, der an Demenz leidende Präsident Ronald Reagan, hatte zum Gefallen der Falken die Sowjetunion zum "Reich des Bösen" ausgerufen, mit dem es keine Co-Existenz gebe.

Der Abschuss des zivilen Airliners KAL 007 schien die propagierte Unmenschlichkeit der Russen zu bestätigen. Beim jährlichen Säbelrasseln während des Herbstmanövers Able Archer 83 sollte ein nuklearer Angriff auf den Warschauer Pakt unter denkbar realistischen Umständen geprobt werden.

Den aufgeblähten US-Geheimdiensten war allerdings völlig entgangen, dass die Übung in Moskau für die Tarnung eines echten nuklearen Erstschlags gehalten wurde. Derartige Pläne gab es, seit die USA die Atombombe hatten. Air Force-Gründer General Curtis LeMay, der die Abwürfe auf Japan kommandiert hatte, war stets offen für einen Überraschungskrieg gegen die ihm verhassten Sowjets eingetreten.

Zwanzig Jahre zuvor hatten die US-Generäle Kennedy einen konkreten Angriffsplan vorgetragen. Der vormalige KGB-Direktor Juri Andropow, nunmehr Staatschef, nahm die Rhetorik des senilen Schauspielers Reagan für bare Münze und war entschlossen, einen Nuklearschlag unverzüglich zu kontern.

Petrow und Perroots

Im September 1983 hätte sich der von Kennedy gefürchtete Atomkrieg aus Versehen beinahe realisiert, hätte nicht Oberst Stanislaw Petrow einen Fehlalarm als solchen erkannt (Stanislaw Petrow und das Geheimnis des roten Knopfes). Die Moskauer Strategen erwarteten jedoch einen Überraschungsschlag während der Feierlichkeiten zur Oktoberrevolution, wenn das US-Militär seine Gegner als beschäftigt wähte. "Able Archer" interpretierte Moskau als Tarnung exakt eines solchen Angriffs.

Als nun zwischen dem 2. und dem 10. November das Manöver Able Archer anlief, hätte der Assistant Chief of Staff for Intelligence, US Air Forces Europe, Leonard Perroots, den echten Alarmstatus auf "1" setzen sollen, was "Nuklearer Krieg" bedeutet hätte. Dem auf Ramstein Airbase stationierten Militärgeschäftsmann war jedoch nicht ganz geheuer bei dieser Sache, denn er vermutete, dass derartige Details von der Gegenseite genauso aufmerksam beachtet werden würden, wie es umgekehrt der US-Geheimdienst bei den Streitkräften des Warschauer Pakts tat. Ähnlich wie Petrow weigerte sich Perroots und beließ es bei Alarmstufe 2.

Der fähige Militärgeschäftsmann Perroots sah sich bestätigt, als er am letzten Tag der Übung ein bis vor kurzem geheimes Memo der NSA zur Kenntnis nahm. Die Vorgänge hätten zu einer Situation führen können, die Perroots als "potentially disastrous" bewertete.

Darin konnte Perroots lesen, dass das in der damaligen DDR stationierte Militär in Reaktion auf Able Archer heimlich mobil gemacht hatte. Zu Tarnungszwecken nahmen hohe Kommandeure bei den Feierlichkeiten zur Revolution teil, tatsächlich jedoch waren die in Neuruppin stationierten Su-17 startklar - samt nuklearer Fracht. Dies ist nun erstmals von den USA dokumentiert.

Perroots war hierüber sehr beunruhigt und von der Reaktion darauf im Pentagon hierauf ungehalten. Als der inzwischen zum Chef des Militärnach-

richtendienstes aufgestiegene General kurz vor seiner Pensionierung keine Karriere mehr zu verlieren hatte, sandte er 1989 an Personen mit höchster Sicherheitsfreigabe einen Brandbrief, der vergangene Woche nun auch erstmals freigegeben wurde.

Perroots berichtet, dass sich beim erstmaligen Beladen der sowjetischen Maschinen mit Nuklearsprengköpfen ein Problem mit dem Abfluggewicht und der Balance gezeigt habe. So erwog man, auf die Montage sogenannter ECM-Pods zu verzichten, mit denen die elektronische Aufklärung gestört werden sollte.

Eine hierauf eingerichtete Kommission, die sämtliche Geheimdokumente sichten durfte, legte dem damaligen Präsident George H.W. Bush einen Bericht vor, demzufolge die Welt 1983 "um Haaresbreite" einem nuklearen Schlagabtausch entgangen war. Der sogenannte PFIAB-Bericht blieb 25 Jahre lang unter höchster Stufe geheim.

Transatlantische Geschichtsschreibung

Deutsche Historiker und Journalisten, die Propaganda aus dem Pentagon bereitwillig zu apportieren pflegen, spielten die Sache lange herunter. Nach diversen Aktenfreigaben aus Washington war das Dementi jedoch nicht zu halten. Dennoch ließen sich ZDF-Historiker von US-Falken wie dem verurteilten Lügner Robert McFarlane einseifen und transportierten die Propaganda-Lüge, die USA hätten die Kriegsangst der Russen erkannt und Reagan zum verbalen Abrüsten veranlasst, um die Situation zu deeskalieren.

Seltsamerweise findet man im 2015 freigegebenen Präsidenten-Bericht keinerlei Hinweise darauf, dass Pentagon, CIA oder das Weiße Haus im Bilde waren. Im Gegenteil folgt aus dem nun vorliegenden NSA-Memo, dass man allenfalls am letzten Tag von Able Archer eine erhöhte Alarmbereitschaft registrierte.

Das ZDF bleibt in seinen diversen Dokus tapfer bei seiner Version von Reagan als dem noblen Weltenretter - der in Wahrheit der Brandstifter war. Tatsächlich jedoch hatte Doppelagent

Gordijewski erst 1984 Informationen über die sowjetische Kriegsangst von 1983 geliefert - und wurde von den Falken für einen Lügner gehalten. Was immer das ZDF erzählt, so gibt es keine gesicherte Kenntnis darüber, dass man vor 1990 im Weißen Haus die Soviet War Scare als real erkannte.

Wer sich nicht auf das ZDF verlassen möchte, kann sich über die weiteren aktuellen Freigaben zu Able Archer selbst orientieren. Fortgeschrittene dürfen sich einen Reim darauf machen, was von der heute von den Medien durchgereichten Propaganda gegen China und Russland zu halten ist.

Die Freigabe von Dokumenten, die derartige Paranoia als das entlarven, was sie ist, dürfen wir dann ab dem Jahr 2045 erwarten.

**) Der Beitrag erschien am 22.2.2021 im Online-Magazin Telepolis, Quelle: <https://www.heise.de/tp/features/Potentially-Disastrous-5061308.html>*

Spiel mit dem Feuer: Ukraine bietet der Nato an, den Luftraum über der Krim zu nutzen

Derzeit [am 10.2.2021] ist eine ukrainische Regierungsdelegation aus Kiew zu Gesprächen bei der Nato in Brüssel. Was führende Nato-Vertreter und Minister der Ukraine dort vor der Presse von sich geben, muss man in Russland als Provokation oder sogar kriegerische Akte einstufen, wenn den Worten Taten folgen. [...]

Nun gab es eine weitere Pressekonferenz, auf der der ukrainische Transportminister der Nato angeboten hat, den Luftraum über der Krim quasi nach Belieben zu nutzen. Der ukrainische Minister sagte:

“Die Ukraine verfolgt ihren gewählten Weg der Integration in die euro-atlantischen Systeme der kollektiven Sicherheit. Ein wichtiger Bereich dieser Integration ist die Beteiligung der Ukraine am NATO-Programm für den Austausch von Flugverkehrsdaten. In der heutigen Welt ist es wichtig, die Kontrolle über den zivilen Flugverkehr zu verstärken und auf Krisen im Schwarzen Meer zu reagieren [...] Unter Berücksichtigung des aktualisierten EASA-Flugsicherheitsbulletins in der Fluginformationsregion Simferopol und der Aufhebung der Beschränkungen der US-Luftfahrtbehörde für Flüge in den Luftraum von Simferopol schlagen wir vor, diesen Teil des Luftraums für

NATO-Luftoperationen für den Transport von Truppen, Ausrüstung, Fracht und dergleichen zu nutzen. Wir hoffen auf die Unterstützung der NATO bei der Überwachung der Situation im Luftraum entlang der Grenze zu Russland.“

Es ist bekannt, dass es unterschiedliche Ansichten über den Status der Krim gibt, aber man darf trotzdem die Realitäten nicht aus den Augen verlieren. Nichts – auch nicht die Frage der Krim – rechtfertigt das Risiko eines Dritten Weltkriegs, der als Atomkrieg das Ende der Menschheit bedeuten würde. Selbst wenn man im Westen und vor allem der Ukraine der Meinung ist, die Krim gehöre immer noch zur Ukraine, würde es wohl wirklich zum Krieg führen, wenn morgen Nato-Flugzeuge ohne Absprache mit Russland über der Krim herumfliegen würden.

Dass die Verantwortlichen in Kiew mit ihren Aussagen immer wieder beweisen, wie wild sie auf einen Krieg sind, ist nichts Neues. Bleibt zu hoffen, dass der Realitätssinn zumindest in der Chefetage der Nato nicht verloren gegangen ist und dass irgendjemand dem Ukrainer beim Kaffee einfach mal sagt: “Sorry, aber Sie haben nicht alle Latten am Zaun!”

2020 wurden 4.000 Nato-Flugzeuge und Drohnen an den russischen Grenzen geortet

Die westlichen Medien melden immer wieder, dass russische Flugzeuge sich irgendwo den Grenzen der Nato-Staaten nähern. Was im Westen nicht gemeldet wird ist, wie intensiv die Nato entlang der russischen Grenzen operiert. [...]

Davon hört man im Westen nichts. Stattdessen haben die westlichen Medien Ende Dezember gemeldet, dass die Nato-Staaten 2020 insgesamt 350 Alarmstarts durchführen mussten, um russische Flugzeuge an den Grenzen der Nato zu beobachten. Bei der Tagesschau klang das unter der Überschrift “NATO-Alarmstarts – Mehr Einsätze wegen russischer Flieger” so: *“Kampfflugzeuge der NATO haben in diesem Jahr laut Angaben des Bündnisses bereits mehr als 400 Alarmstarts absolviert. Bei 350 der Einsätze sei es darum gegangen, russische Flugzeuge zu identifizieren und zu überwachen.“* In den vergangenen Jahren haben wir eine Zunahme russischer Militär-Aktivitäten im Luftraum nahe der NATO-Grenzen beobachtet“, sagte eine Sprecherin.“

Der Leser lernt, dass die Russen böse und aggressiv sind.

Dass aber die Nato in 2020 insgesamt fast 2.900 mal Flugzeuge und über 1.100 mal Drohnen an die russischen Grenzen geschickt hat, erfährt man bei der Tagesschau nicht.

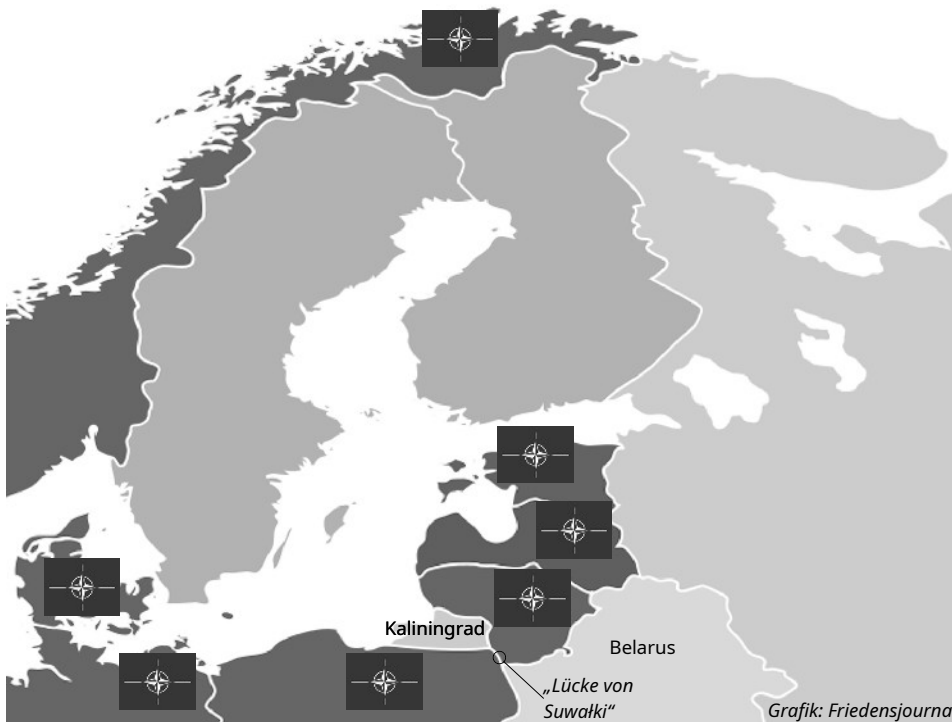
Diese Flüge sind ein Problem für die zivile Luftfahrt, denn sie fliegen mit ausgeschalteten Transpondern. Zivile Flugzeuge wissen also nicht, ob ein Militärflugzeug in der Nähe ist. Bei der Tagesschau klingt das so: *“Russische Militärflugzeuge übermittelten oft keine Angabe ihrer Position und Höhe, legten keinen Flugplan vor oder kommunizierten nicht mit Fluglotsen, erklärte die NATO. Dies stelle ein potenzielles Risiko für zivile Flugzeuge dar.“*

Die Tagesschau hat leider vergessen zu erwähnen, dass das nicht nur für russische Flugzeuge gilt, die Nato macht das ganz genauso. Vor einigen Jahren gab es deshalb einen Streit zwischen Finnland und Russland, als Finnland – mit Unterstützung der Nato – von den Russen gefordert hat, ihre Transponder einzuschalten. Russland hat das angeboten, wenn die Nato-Flugzeuge ihre Transponder auch einschalten. Das allerdings hat die Nato abgelehnt.

Quellen: Thoma Röper – www.anti-spiegel.ru (10.2.2021)

Kriegsvorbereitungen in der Ostsee und rundum

von Dr. Horst Leps, Sozialwissenschaftler, ZAA der Friedensbewegung Schleswig-Holstein



2016 wird ein US-Militär mit der Aussage zitiert, angesichts dieses Potentials stelle die Osthälfte der Ostsee für die NATO im Konfliktfall eine Flugverbotszone dar. Die von Russland offen erklärte Absicht gemäß dem Generalstabschef der Streitkräfte Russlands (2019) ist:

„Die von unseren westlichen Partnern realisierte Politik zwingt uns dazu ... in der Perspektive das Führen von Schlägen zu planen: auf die Entscheidungszentren sowie auf jene Startanlagen [Stellungen], aus denen der Gefechtseinsatz von Marschflugkörpern auf Objekte auf dem Territorium Russlands möglich ist.“

Von Kaliningrad aus sollen alle Möglichkeiten des Angriffs auf russisches oder weißrussisches Territorium mit Raketen und Marschflugkörpern zerstört werden können. Das betrifft sowohl Kriegsschiffe als auch Einrichtungen westlicher Truppen (incl. Marine) auf dem Land. Die Nato spricht deshalb davon, Russland habe ein A2/AD-Regime (anti-access/areas-denial) in der mittleren und östlichen Ostsee errichtet, um den westlichen Marinen den Zugang zu den baltischen Ländern zu verbieten.

In Rostock wird an der Einrichtung des „Baltic Maritime Component Command“ (BMCC) gearbeitet. Es soll die Marinen der Ostsee in einem Krieg mit Russland führen können. Das BMCC widerspricht zwar nicht den Buchstaben des 2+4-Vertrags, aber seiner Absicht, „Ausländische Streitkräfte und Atomwaffen oder deren Träger werden in diesem Teil Deutschlands weder stationiert noch dorthin verlegt.“ Nun ist ein integriertes Kommando zwar keine „ausländische Streitkraft“, weil sie aber just solche Streitkräfte kommandieren soll, kann sie ihnen zugerechnet werden.

(Horst Leps)

Realitätsfremde NATO-Kriegsszenarien

Es sieht also so aus, dass weder die Nato-Landstreitkräfte noch die in der Ostsee verbündeten westlichen Marinen der Nato, Schwedens und Finnlands die Möglichkeit haben, russische

2020 war die US-Übung „Defender 20“ – Wie bekommen die USA Truppen aus den USA so schnell wie möglich an die Nato-Ostgrenze?“ – ein wesentliches Thema der Friedensbewegung. Diese wegen Corona vorzeitig abgebrochene Übung zeigte auf eine unge löste, selbst auferlegte Aufgabe der Nato: Was tun, wenn es Krieg fern im Osten der Nato gibt?

Von Lübeck bis Vilnius

Zwischen Lübeck und Vilnius an der Ostgrenze Litauens liegen fast 1000 km Luftlinie, die schnellste Autobahnverbindung beläuft sich auf 1300 km. In dem Gebiet zwischen der alten BRD-DDR-Grenze und der Nato-Ostgrenze gegenüber Russland und Belarus hat die Nato zwar Bewegungsfreiheit, aber keine Stationierungsfreiheit. Der 2+4-Vertrag verbietet den dauernden Aufenthalt ausländischer Truppen auf dem Gebiet der Ex-DDR, nur Kasernen der Bundeswehr sind dort möglich. In Polen und den baltischen Staaten sind - nach der Nato-Russland-Grundakte von 1997 - keine Stationierungen „substantieller Kampftruppen“ möglich. Selbst wenn diese vier Nato-Staaten ihre Truppen stark vergrößern wür-

den, wären sie nicht in der Lage, einem theoretischen russischen Angriff stand zu halten. Und solange der 2+4-Vertrag beachtet wird, gibt es auch keine Möglichkeit, ein noch so großes Nato-Heer vom Gebiet der Alt-BRD rechtzeitig an die Ostgrenze der Nato heran zu führen, wenn dort nicht nur ein paar kleine Scharmützel stattfinden, sondern ein schneller Krieg, in dem Entscheidungsschlachten geschlagen werden.

Über und in den internationalen Gewässern der Ostsee unterliegt die Nato dagegen keinen rechtlichen Beschränkungen. Man könnte von der Ostsee aus Kaliningrad angreifen, um der russischen Armee eine Niederlage zuzufügen. Aber Kaliningrad ist zu einer Festung ausgebaut worden. „Russland hat seine Exklave Kaliningrad zu einer stark ausgebauten Flug- und Schiffsabwehrstellung hergerichtet. Von den potentiell nuklear bestückbaren »Iskander«-Kurzstreckenraketen über das Flugabwehrsystem S-400 und die Antischiffsraketenkomplexe des Typs »Bastion« sind in der Region viele der modernsten Waffen Russlands stationiert. In einer Studie der US-amerikanischen »Rand Corporation« von

und weißrussische Truppen im Gebiet der östlichen Ostsee und der angrenzenden Landgebiete zu besiegen. So bleiben militärisch gesehen nur zwei Wege:

Erstens: In einem schnellen Krieg könnte mit dem Einsatz von Atomwaffen die Festung Kaliningrad zerstört werden und damit auch das konventionelle Ungleichgewicht in der ganzen Region auf einen Schlag ausgeglichen werden. In der Tat üben nukleartaugliche B-52-Bomber regelmäßig Einsätze um Kaliningrad herum. Weil sie von der russischen Flugabwehr gefährdet sein könnten, werden für sie neue Atombomben entwickelt, die aus größerer Entfernung abgeschossen werden können. Gleichzeitig werden neue kleinere nuklearfähige Atomraketen für Atom-U-Boote entwickelt, die gegen Kaliningrad eingesetzt werden können. Atombomben auf Kaliningrad hätten allerdings aus Nato-Sicht zwei Nachteile: Zum einen wären die baltischen Landstriche, die verteidigt werden sollen, mit genau den Mitteln ihrer Verteidigung zerstört, zum anderen könnte Russland atomar antworten.

Atombomben sind nun mal keine kalkulierbaren Mittel des militärischen Gefechts. Jedoch: So einfach sind Alternativen für die Nato nicht zu finden.

Zweitens: Die Nato und ihre Streitkräfte können jedoch hoffen, dass Russland sich in einen langsamen Kriegsverlauf mit seinen militärischen Möglichkeiten zurückhält. Dazu wird angenommen, eigentlich hätte Russland sowieso keine Lust, die baltischen Staaten anzugreifen. Und wenn es doch zu einer militärischen Auseinandersetzung kommt, wird es so zurückhaltend sein, dass es den verbündeten westlichen Marinen in der Ostsee erlauben wird, die Seeverbindung zwischen Kaliningrad und St. Petersburg zu unterbrechen und beide Häfen von der Ostsee abzuschneiden.

Die Nato verfügt somit über kein aussichtsreiches und nachvollziehbares militärisches Konzept für einen Krieg mit Russland im Bereich der östlichen Ostsee. Entweder sind die Entfernungen zur Front zu weit, die Zerstörungen zu groß oder die Übermacht ist zu gewaltig. Man muss hoffen, dass Russland sich aus gnädiger Zurückhaltung gegenüber der Nato

vielleicht doch besiegen lässt.

Dennoch wird von der Nato und ihren Verbündeten Schweden und Finnland aufgerüstet, egal, ob und wozu man das Gerät dann verwenden kann.

Deutsche Marine rüstet auf

Die Deutsche Marine will fünf Korvetten mehr haben, die „alten“ fünf Korvetten sollen entweder umgerüstet oder gleich neu gebaut werden. Für die Marineinfanterie aus Eckernförde sind amphibische Boote vorgesehen, vermutlich um damit an der Frischen Nehrung um Baltysk zu kämpfen oder an der Ostseeküste der baltischen Staaten.

Die Anschaffung großer Kriegsschiffe ist für die Ostsee nicht geplant, ihre Überlebenschance wäre im Kriegsfall zu gering; sie würden aus dem Weltall und von Aufklärungsflugzeugen wahrgenommen werden und aus der Ferne mit Raketen oder Marschflugkörpern versenkt werden. Viele kleine Schiffe sind nötig, um unter dem Radar durchzukommen. Außerdem wird zusammen mit Norwegen ein U-Boot entwickelt.

Russland erneuert und erweitert seinerseits seine Baltische Flotte. Es wird vor allem ein neuer Typ von Korvetten eingeführt, der mit Marschflugkörpern die westlichen Marinen auf Distanz halten soll.

Auf dem Landweg besteht das „Problem“ der Nato darin, nur über eine unsichere Verbindung zwischen Polen und den baltischen Staaten in der „Lücke von Suwałki“ zu verfügen, ein Landstreifen der von Kaliningrad aus jederzeit mit etwas Artillerie geschlossen werden kann.

Hingegen wäre es eine politische Möglichkeit für die Nato, Belarus aus dem Bündnis mit Russland zu lösen. Dann wäre das militärische Kräfteverhältnis in der Region grundlegend verschoben.

Die Nato hat auf ihrer Tagung in Warschau 2016 beschlossen, einerseits durch Battlegroups im Baltikum und in Polen Russland abzuschrecken, andererseits mit Russland in einen Dialog zu treten. Die Aufrüstung findet statt, von Dialog-Angeboten hat man jedoch noch nichts gehört.

Dabei ist es dringend erforderlich,

die Situation zu entschärfen. Militärexperten aus den Nato-Ländern und aus Russland haben deshalb auf Initiative des Bundeswehroberst a.D. Wolfgang Richter einen Maßnahmenkatalog zur Verbesserung der militärischen Sicherheit auch für den Bereich der östlichen Ostsee erarbeitet. Ein Auszug:

„Der Sicherheitsdialog und die militärischen Kontakte zwischen beiden Seiten müssen dringlich wiederhergestellt werden. Dazu sind häufigere Treffen ihrer höchsten militärischen Repräsentanten und regelmäßige Expertengespräche nötig, um Fehldeutungen zu vermeiden.

Um gefährliche Vorfälle an Land, zur See oder in der Luft zu verhindern oder zu deeskalieren, könnten neue Absprachen die bisherigen Praktiken ergänzen und verbessern.

Militärische Stabilitätsmaßnahmen sind vor allem im hohen Norden, im Ostseeraum und in der Schwarzmeerregion notwendig. Einheiten, die in Grenznähe operieren, müssen besonders vorsichtig agieren. Ständige Verbindungen sollten gewährleisten, dass militärische Bewegungen der einen Seite nicht Überreaktionen auf der anderen auslösen.

Die Transparenz militärischer Übungen sollte erhöht werden.“

Herausforderung für die Friedensbewegung

Die Friedensbewegung muss sich in die Bedeutung dieser Region als Schlüsselregion der militärischen Konfrontation intensiver befassen. Hier würde der Krieg stattfinden, der uns unmittelbar angeht.

Minimalforderungen zu den Truppenteilen der Bundeswehr wären:

Sie werden nicht weiter verstärkt.

Sie agieren offen, sie melden alle ihre Bewegungen an die potentiell gegnerische Seite.

Sie laden russische und weißrussische Beobachter in ihre Einrichtungen und zu ihren Manövern und Übungen ein und werden selbst eingeladen und fahren hin.

Einzufordern ist aber die Rückkehr zu einer strategischen Partnerschaft von Nato und Russland.

Quellenangaben und weitere Hinweise siehe Homepage frieden-und-zukunft.de siehe auch die Internet-Blog des Autors:

www.friedenslage.blogspot.com

www.ostsee-aufruestung.blogspot.com

Die neue deutsche Kanonenbootpolitik im Pazifik

Redaktion German Foreign Policy



Grafiken: Friedensjournal

Südkorea

Zahlreiche US-Militärbasen, ca. 30.000 US-Militärs und Zivilisten stationiert

Japan

Zahlreiche US-Militärbasen, inkl. Okinawa (anteilig 50%) ca. 60.000 US-Militärs und Zivilisten stationiert

Okinawa - südlichste Präfektur von Japan – einschließl. Ryukyu-Inseln zahlreiche und wichtigste US- Militärbasen in Japan

Paracel Inseln

ca. 30 Inseln, Sandbänke und Atolle, chinesisch kontrolliert, aber beansprucht von Vietnam und Taiwan

Spratly Inseln

ca. 100 Riffe, Atolle und kleine Inseln, umstritten zwischen China, Vietnam, Malaysia, Brunei, Philippinen

Die Bundesregierung plant die Entsendung einer Fregatte nach Japan. Demnach soll diesen Sommer ein deutsches Kriegsschiff Richtung Ostasien aufbrechen und dabei unter anderem in Australien und Südkorea Station machen. Geplant sind auch Manöver in französischen Territorien in der Region und die Durchquerung des Südchinesischen Meers.

Die deutsche Marine folgt damit dem Beispiel der Seestreitkräfte Frankreichs und Großbritanniens, die regelmäßig in asiatisch-pazifischen Gewässern patrouillieren. Paris hat ohnehin Tausende Militärs auf Inseln im Indischen und im Pazifischen Ozean stationiert, die es als Kolonialmacht erworben hat; London wiederum will in Kürze seinen neuen Flugzeugträger HMS Queen Elizabeth auf eine erste große Übungsfahrt bis in den Pazifik entsenden, wo gemeinsame Manöver mit den japanischen Streitkräften geplant sind.

Ein US-Strategiepapier, das nach mehrjähriger Geheimhaltung Anfang 2021 freigegeben wurde, erläutert den

Kontext, in dem auch die geplante deutsche Fregattenfahrt steht.

Asien "ordnen"

Die Entsendung einer deutschen Fregatte nach Asien war bereits im vergangenen Jahr fest geplant gewesen. Die Fregatte Hamburg sollte im Mai 2020 in Richtung Indischer Ozean aufbrechen, dort an Militärübungen teilnehmen - teilweise gemeinsam mit der französischen Marine - und zum Abschluss in Australien eintreffen, um die Kooperation der Bundeswehr mit den australischen Streitkräften zu intensivieren. Lediglich die Covid-19-Pandemie verhinderte die Trainingsreise. Dass das Vorhaben in diesem Jahr nachgeholt werden sollte, hat Berlin mehrmals bekräftigt.

Wie die japanische Tageszeitung Nikkei nun berichtet, plant die Bundesregierung sogar eine Ausweitung der Fahrt. Demnach sind Zwischenaufhalte nicht nur in Australien, sondern auch in Südkorea geplant; Endziel ist Japan. Laut aktueller Planung soll die deutsche Fregatte dabei das Südchinesische Meer durchqueren, in dem sich

die westlichen Mächte, allen voran die USA, auch militärisch immer offensiver gegen China positionieren. "Man kann ihnen [der Volksrepublik, d.Red.] nicht erlauben, mittels ihrer Macht ihre eigene Ordnung durchzusetzen", zitiert Nikkei den Parlamentarischen Staatssekretär im Verteidigungsministerium Thomas Silberhorn.

Kolonialstützpunkte im "Indo-Pazifik"

Im Verlauf ihrer Übungsfahrt wird die deutsche Fregatte, wie Nikkei berichtet, auch französische Territorien "in der Region" ansteuern und dort an Manövern teilnehmen. Details sind bislang nicht bekannt. Nikkei verweist darauf, dass Frankreich Truppen unter anderem in seinem Übersee-Departement La Réunion stationiert hat. La Réunion liegt im Indischen Ozean rund 800 Kilometer östlich von Madagaskar; die Fregatte Hamburg hätte dort auf ihrer für 2020 geplanten Fahrt durch das Meer Station machen sollen. Frankreich beherrscht im "Indo-Pazifik" bis heute eine ganze Reihe an Territorien mit unterschiedlichem forma-

len Status, die es als Kolonialmacht erworben hat und die es heute noch nutzt, um sich eine militärische Präsenz in der Region zu sichern. Laut Angaben des Pariser Verteidigungsministeriums sind im südwestlichen Indischen Ozean - in der Region rings um La Réunion - rund 2.000 Soldaten mit fünf Kriegsschiffen sowie weiterem Gerät stationiert (Forces armées dans la zone Sud de l'océan Indien, FAZSOI), in Neukaledonien östlich Australiens rund 1.660 Soldaten mit vier Kriegsschiffen und weiterem Gerät (Forces armées de la Nouvelle-Calédonie, FANC) sowie in Französisch-Polynesien (Südpazifik) rund 1.880 Militärs sowie drei Kriegsschiffe. Im Frühjahr 2019 hat Paris den französischen Flugzeugträger Charles de Gaulle zu Manövern in den Golf von Bengalen sowie weiter bis nach Singapur entsandt - und angekündigt, künftig auch regelmäßig im Südchinesischen Meer patrouillieren zu wollen.

Mit dem Flugzeugträger Richtung China

Nikkei weist zudem darauf hin, dass die Entsendung der deutschen Fregatte ähnlichen Schritten nicht nur Frankreichs, sondern auch Großbritanniens und der Niederlande entspricht. Die britische Marine hat in den vergangenen Jahren mehrfach Fahrten durch das Südchinesische Meer unternommen und im Jahr 2019 dort gemeinsame Manöver mit US-Kriegsschiffen durchgeführt. Dieses Frühjahr wird der neue Flugzeugträger HMS Queen Elizabeth, der Anfang Januar die volle Einsatzbereitschaft erreicht hat, auf seine erste große Übungsreise starten, die ihn bis in pazifische Gewässer führen soll. Auf dem Flugzeugträger werden dabei auch US-Kampffjets stationiert sein; geplant sind unter anderem gemeinsame Übungen mit Japans Streitkräften bei den Ryukyu-Inseln. London und Tokio wollen ihre Militärkooperation zudem verstetigen. Die Niederlande wiederum haben im vergangenen Herbst eine eigene Indo-Pazifik-Strategie publiziert, die gleichfalls eine stärkere Einflussnahme im Südchinesischen Meer vorsieht: Die EU solle, heißt es, in der Region für "maritime Sicherheit" eintreten. Zur Gesamtperspektive zitiert Nikkei einen EU-Di-

plomaten mit der Äußerung, die Union habe "eine Menge diplomatische Erfahrung mit Russland"; man benötige nun aber auch "mehr Erfahrung mit Asien".



Die "erste Inselkette" beherrschen

Worauf die anschwellenden militärischen Aktivitäten der westlichen Mächte im Südchinesischen Meer abzielen, zeigt exemplarisch ein bis vor kurzem geheimgehaltenes, zu Jahresbeginn aber vom Weißen Haus freigegebenes Strategiepapier der Trump-Administration für den "Indo-Pazifik". Demnach ist es das vordringliche Ziel der Vereinigten Staaten, ihre "strategische Vorherrschaft" in der "Indo-Pazifik-Region" sicherzustellen. Dazu gehören es zum einen, "den wirtschaftlichen, diplomatischen und militärischen Zugang der USA zur bevölkerungsreichsten Region der Welt und zu mehr als einem Drittel der Weltwirtschaft zu bewahren".

Zum anderen müsse "die Wirksamkeit unserer Bündnisse verstärkt" werden; das Strategiepapier erwähnt in diesem Zusammenhang vor allem Japan und Australien - Ziele der geplanten deutschen Fregattenfahrt - sowie Indien. Für das Südchinesische Meer von Bedeutung sind US-Planungen für die "erste Inselkette" rings um China; gemeint sind die Inseln, die nur durch das Ost- oder das Südchinesische Meer vom chinesischen Festland getrennt sind.

Laut dem Strategiepapier zielen die Vereinigten Staaten nicht nur darauf ab, die Länder der "ersten Inselkette" (vor allem Japan, Taiwan und die Philippinen) im Konfliktfall zu "verteidigen" und alle Territorien außerhalb dieser "Inselkette" zu beherrschen, sondern auch darauf, China die Kon-

trolle über das Gebiet innerhalb der "Inselkette" direkt vor seiner Küste zu nehmen. Das betrifft vor allem das Südchinesische Meer.

Kontrollverlust an der eigenen Grenze

Das Vorhaben Berlins, sich per Kanonenbootpolitik in die überaus gefährlichen Konflikte im Südchinesischen Meer einzumischen, kontrastiert eigentümlich mit Einschätzungen von Militärs bezüglich der Lage im Mittelmeer, also unmittelbar an den südlichen Grenzen der EU. Dazu hat sich erst kürzlich Admiral Luigi Binelli Mantelli geäußert, ein ehemaliger Generalstabschef (2013 bis 2015) der italienischen Streitkräfte. Anlass dafür gaben Konflikte zwischen Kriegsschiffen aus der EU und der türkischen Marine. Binelli Mantelli vertritt die Auffassung, die EU biete im Mittelmeer wegen ihrer mangelnden "Handlungsbereitschaft" lediglich ein "trauriges Schauspiel"; "die herausragende Seemacht" in dem Gewässer sei inzwischen Russland, das nicht nur eine Marinebasis in Syrien unterhalte, sondern in den vergangenen Jahren auch ein Maß an "Durchsetzungsfähigkeit" an den Tag gelegt habe, das an dasjenige der Vereinigten Staaten in den Jahren des Kalten Kriegs erinnere.

Auch die Türkei sichere sich eine "signifikante Fähigkeit zur Machtprojektion" im Mittelmeer. Gemeinsam hätten Moskau und Ankara die "traditionellen" Ordnungsmächte südlich der EU zu verdrängen begonnen. Das Bröckeln ihrer Herrschaft in ihrem unmittelbaren Umfeld hält die Mächte Westeuropas freilich nicht davon ab, sich in eskalierende Machtkämpfe auf der anderen Seite des Globus zu stürzen: Sie spielen va banque.

Die Eurodrohne – zentrales Element deutscher Aufrüstung

von Karl-Heinz Peil, Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V.



Eurodrohne als Modell bei der ILA 2018, Foto: Wikipedia

Die Industrielobby: Airbus

Seit etwa 20 Jahren forscht Airbus bzw. unter seinen Vorgängerfirmen an der Entwicklung militärischer Drohnen. 2013 konnte Airbus den damaligen Verteidigungsminister Thomas de Maiziere für das Projekt einer bewaffnungsfähigen „europäischen Drohne“ überzeugen, was ab 2014 von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen weiter verfolgt wurde. 2016 wurde der erste Projektauftrag als zweijährige Definitionsphase erteilt. Seit 2019 unterstützt die EU das Projekt mit 100 Mio Euro im Rahmen des EU-Programms zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich.

Der politische Rahmen: EU-Aufrüstungsprogramm

Die EU-Aufrüstung erfolgt über PESCO (Permanent Structure Cooperation). Dazu wurde die Internationale Rüstungsagentur OCCAR (Organisation Conjointe de Coopération en matière d'Armement) mit Sitz in Bonn etabliert. Mitgliedsstaaten von OCCAR sind derzeit: Belgien, Frankreich, Deutschland, Spanien und Großbritannien. OCCAR betreut derzeit 13 Rüstungsprogramme mit einem jährlichen Budget von 4 Mrd. Euro (Stand 2020).

Eines dieser Programme ist die EURODROHNE, die dort seit 2016 unter dem Namen MALE RPAS (Medium Altitude Long Endurance Remotely Piloted Aircraft System) geführt wird. Beteiligt an dem Projekt sind Frankreich, Deutschland, Italien und Spanien.

Beauftragt als Generalunternehmer ist Airbus Defence and Space. Beteiligt sind die Firmen Leonardo (Italien) und Dassault Aviation (Frankreich).

Derzeitiger Stand ist, dass über OCCAR (trotz Verzögerungen durch die COVID-19-Pandemie) die Abstimmungen zwischen den Projektbeteiligten im November 2020 abgeschlossen werden konnten.

Noch für das erste Quartal 2021 ist ein nationaler Zustimmungsprozess geplant, um die Realisierung zu beauftragen.

Die Drohne soll bewaffnungsfähig sein und rund 2,3 Tonnen Nutzlast transportieren können. Den anvisierten Kampfeinsatz beschreibt die Bundeswehr als „Wirkung gegen stationäre und bewegliche Einzelziele“. Die Eurodrohne soll dafür unter anderem mit Lenkbomben des Typs „GBU 49“ vom US-Rüstungs- und Elektronikkonzern Raytheon ausgerüstet werden.

Der Einstieg für die Bundeswehr: Heron TP

Von Israel wurden sieben Drohnen des Typs Heron TP geleast. Diese sind als bewaffnungsfähige Überwachungsdrohnen definiert. Deren Nutzung ist zeitlich befristet vorgesehen bis zur Verfügbarkeit der EURODROHNE, was nach aktuellem Stand ab 2028 geplant ist. Geplant ist seitens des BMVg eine Abnahmegarantie für die Bundeswehr von mindestens 21 Stück.

Der im Dezember 2020 erfolgte Einspruch der SPD-Fraktion im Bundestag

gegen eine Bewaffnung dieser Drohnen hat bisher keine Auswirkung auf die Entwicklung und Beschaffung der EURODROHNE. Bei der gewünschten Bewaffnung der HERON TP geht es letztlich um die Gewinnung von Know-how und Aufbau der Infrastruktur für die Bundeswehr, die bei der Einführung der EURODROHNE verfügbar sein sollen.

Deutsche Militarisierung: Neue Fähigkeiten und Ziele

Halbjährlich wird ein „Bericht des Bundesministeriums der Verteidigung zu Rüstungsangelegenheiten“ vorgelegt. Der Teil 1 ist öffentlich, Teil 2 ist Verschlussache.

Zum Projekt EURODROHNE heißt es in der aktuellen Ausgabe (Nr. 12, Dez. 2020) in der Projektbeschreibung unter „Leistungsspektrum“:

„Fähigkeit zur luftgestützten abbildenden (elektro-optisch/Infrarot/Radar) und signalerfassenden Aufklärung und Überwachung sowie zur reaktionsschnellen, skalierbaren und hochpräzisen Wirkung einschließlich Luftnahunterstützung für Bodentruppen. Fähigkeit zur Gewinnung von GeoInformationsdaten zur Herstellung dreidimensionaler Referenzdaten höchster Lage- und Höhengenaugigkeit. Durchhaltefähigkeit im Rahmen von Landes- und Bündnisverteidigung und von Krisenvorsorge- und Krisenreaktionseinsätzen in bis zu zwei Einsatzgebieten sowie Grundbetrieb auf Basis einer Zulassung für einen umfangreichen Flugbetrieb im europäischen Luftraum.“

Deutsche Rüstungsexporte: „High-Tech“ made in Germany

Es versteht sich von selbst, dass bei der Entwicklung der EURODROHNE nicht nur die Beschaffung für die Bundeswehr, sondern auch die Vermarktung für den Export fest eingeplant wird. Also auch an Länder, wo nicht über ethische Grundsätze zum Einsatz dieser Waffen debattiert wird, d.h. die EURODROHNE würde dann zum zusätzlichen Debattenpunkt bei Rüstungsexporten.

**Hand in Hand:
Wirtschaftsförderung und
Militarisierung**

Treiber für die EURODROHNE ist nicht nur das BMVg, sondern auch das Wirtschaftsministerium. Das BMWi ist auch führend bei der Erstellung von Strategiepapieren der Bundesregierung „zur Stärkung der Verteidigungsindustrie in Deutschland“. Dabei wird auf neue Technologien verwiesen, wie die Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, unbemannte Systeme, Hyper-schalltechnik, Biotechnologien und Cyber-Instrumente.

**Deutsche Rüstungsexporte
mit High-tech Produkten**

militärische Luftfahrzeuge/
-technik
583 Mio. Euro

Feuerleitanlagen
445 Mio. Euro

militärische Elektronik:
362 Mio. Euro

Bomber, Torpedos, Flugkörper
335 Mio. Euro

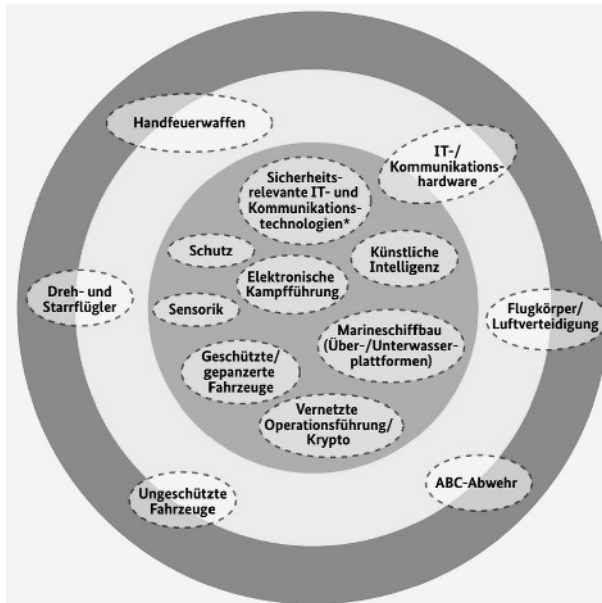
*Einzelgenehmigungen nach Wert
im Jahr 2018 in Mio. Euro gemäß
Rüstungsexportbericht 2019*

Die Frage nach der Völkerrechtskonformität von Waffenentwicklungen wird dabei auch aufgeworfen und im Sinne eines notwendigen Dialoges zur „Gesellschaftlichen Akzeptanz“ wie folgt beantwortet:

„Dialog mit Akteuren der Zivilgesellschaft zu Themen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, insbesondere zur Rüstungsexportkontrolle,...“

In dem Bericht des BMVg zu Rüstungsangelegenheiten vom Juni 2020 gibt es auch einen Abschnitt „Rüstungswirtschaftliche Aspekte und Entwicklungen“:

„[...] Deutschland führt in diesem Projekt amts- wie industrieseitig, weshalb für die zukünftige unbemannte Luftfahrt entscheidende technologische Innovationen aus Deutschland stammen werden.



In der grafischen Darstellung durch das BMWi werden auf drei Ebenen verteilt:

1. (Innen) **Nationale Schlüsseltechnologie;**
2. (Mitte) Europäisch: Sicherung der Technologie, Kooperation mit europäischen Partnern;
3. (Außen) Global: Rückgriff auf global verfügbare Technologien.

Grafik entnommen aus Bundestags-Drucksache 19/17296 vom 13.2.2020: Strategiepapier der Bundesregierung zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie

Der Erfolg dieses Projektes legt damit auch den Grundstein für eine prominente rüstungspolitische Positionierung der deutschen Industrie in zukünftigen Rüstungskoperationen. Die Entwicklung und Herstellung der EURODROHNE wird einen wesentlichen Beitrag zur Auslastung nationaler rüstungswirtschaftlicher Ingenieurs- und Fertigungskapazitäten in diesem Technologiesegment leisten.“

**Die militärische „Vision“:
Drohenschwärme**

Für die Zeit ab 2040 ist die Einführung eines Kampfflugzeuges der sechsten Generation unter dem Namen FCAS (Future Combat Air System) vorgesehen, als deutsch-französisch-spanisches Projekt. Vorgesehen ist dieses als integriertes System, das Kampfjets mit Satellitensteuerung und Drohenschwärmen verbindet. Drohnen übernehmen dabei die Funktion unbemannter Aufklärer und/oder als Störer der gegnerischen Luftabwehr. Die Piloten im Kampfjet werden dabei zwar als wichtig angesehen, jedoch wird das komplexe System der „Combat Cloud“ bzw. Datenwolke ohne den Einsatz künstlicher Intelligenz nicht beherrschbar sein. Das heißt: Dieses System wäre ein Meilenstein zur Entwicklung von Killerrobotern.

**Argumente gegen die
Eurodrohne**

In einem Antrag der Linksfraktion im Bundestag unter dem Titel „Keine

Beteiligung an der Entwicklung einer bewaffnungsfähigen Eurodrohne“ vom 23.2.2021 heißt es:

Die zunehmende Automatisierung unbemannter Systeme birgt nicht geringe Risiken. Derzeitig obliegt die Entscheidung zum Auslösen mitgeführter Munition dem Menschen, diese Prozesse werden schrittweise durch Algorithmen und Künstliche Intelligenz ersetzt. Verschiedene Regierungen entwickeln Kampfdrohnen, die vollständig autonom operieren.

Auch die Eurodrohne, deren gemeinsame Entwicklung die Bundesregierung beauftragen will, soll ein noch zu entwickelndes bemanntes Kampfflugzeug (Future Combat Air System – FCAS) im Schwarm begleiten und Angriffe ohne menschliches Zutun abwehren können.

Nach dem völkerrechtswidrigen Drohnenkrieg um Berg-Karabach werden Staaten verstärkt Drohnenabwehrsysteme beschaffen. Nach deren zu erwartender Proliferation werden nicht-automatisierte Kampfdrohnen in zwischenstaatlichen Konflikten nutzlos und könnten allenfalls in asymmetrischen Konflikten geflogen werden.

Die an der Eurodrohne beteiligten EU-Mitgliedstaaten würden mit dem neuen Waffensystem also vorrangig gegen nicht-staatliche Gruppen operieren.

Weitere Infos über den bundesweiten Arbeitskreis gegen bewaffnete Drohnen: www.drohnen.frieden-und-zukunft.de

EU: Neoliberale Konstrukte und Militarisierung Hand in Hand

Europa – Ein Nachruf, von Hannes Hofbauer Promedia-Verlag 2020. 272 S. Print: € 22,00. ISBN: 978-3-85371-475-1

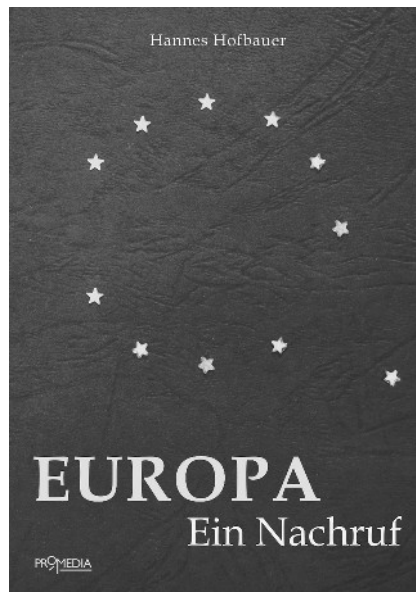
Hannes Hofbauer entlarvt das in Brüssel, Berlin und anderswo gemalte Selbstbild als ideologische Begleitscheinung ökonomischer Protagonisten, die für ihre Geschäfte einen supranationalen Raum und einen entsprechenden militärischen Flankenschutz brauchen. Und er weist den hegemonial-liberalen Ansatz, wonach eine Infragestellung des „europäischen“ Selbstverständnisses quasi automatisch rechts wäre, entschieden zurück.

Der Autor verfolgt die Europa-Idee bis ins Hochmittelalter zurück und zeigt, wie die Verschmelzung von Antike und Christentum schon vor 800 Jahren zu einem Drang nach Osten geführt hat. Das Selbstverständnis der Kreuzzüge war weströmisch-europäisch. Auch der Kampf von Herrscherhäusern um Vorkherrschaft spielte sich auf dem europäischen Tableau ab. Und die zwei bislang verheerendsten Feldzüge in Richtung Osten, jener Napoleons und jener der Wehrmacht, folgten sehr unterschiedlichen, heute verquer wirkenden Europa-Bildern. Nur wenige Europa-Visionen waren von sozialen Utopie- und Friedensvorstellungen geprägt.

Der Großteil des Buches beschäftigt sich mit der Geschichte der EU-europäischen Einigung, die vom Kohle-Stahl-Pakt über die Einheitliche Europäische Akte, Maastricht und den Vertrag von Lissabon bis zu den Zerfallsprozessen unserer Tage reicht. Die vielfachen Warnungen an die Brüsseler Ratsherren, ablehnende Referenden in Frankreich, den Niederlanden, Irland und EU-feindliche Stimmungen in vielen Mitgliedsländern, wurden in den Wind geschlagen.

Auszug aus dem Klappentext des Buches

Der Umgang mit der EU ist in der Friedensbewegung nicht einfach. Wenngleich eine einhellige Ablehnung der stark voranschreitenden EU-Militarisierung besteht, so wird diese leider zu oft reduziert auf Fehlentwicklungen, die dem eigentlichen Charakter der EU entgegen stünden. Propagandistisch vernebelt wird dieses auch durch den 2012 an die EU verliehenen Friedensnobelpreis. Die EU-Militarisierung selbst wird zwar nur in einem Kapitel auf 15 Seiten im historischen Werde-



gang von Johannes Hofbauer behandelt, jedoch macht diese im Kontext der EU-Entwicklung eingebettete Darstellung klar, dass es hier nicht um Fehlentwicklungen geht, die man korrigieren könnte, sondern um einen logischen Bestandteil des Gesamtsystems. Dieses wird aus der Darstellung aller seit Anfang der 50er Jahre erfolgten Prozesse zur Wirtschafts- und Militärintegration in ihrer Parallelität ersichtlich. Dieses hat sich bis zu Beginn der 2000er Jahre mit der Osterweiterung fortgesetzt, wobei in dem Buch die besondere Osteuropa-Expertise des Autors sichtbar wird. Er erwähnt, „dass kein einziges der neuen Mitglieder aus dem Osten der EU beitreten durfte, bevor es sich nicht in die Militärallianz der NATO einschrieb“. Vorausgegangen war dieser Entwicklung die militärische Zerstörung des bis dahin starken Nationalstaates Jugoslawien. Die Osteuropa-Kenntnisse des Autors erlauben ihm auch einen differenzierten Blick auf die Querelen der EU-Kommission mit den autoritären und demokratiefeindlichen Entwicklungen in osteuropäischen Mitgliedsländern. Diese resultieren auch aus den desillusionierenden Entwicklungen in diesen Ländern nach dem EU-Beitritt. Eine besondere Rolle spielt dabei die Umsetzung der neoliberalen Agenda, die zur Arbeitsemigration mit Massenwanderungen von Süd- und Osteuropa Richtung Zentren (und vor allem nach Deutschland) geführt hat. Die hiermit

entstandenen Verwerfungen wurden von dem Autor bereits in seinem letzten Buch „Kritik der Migration“ – Wer profitiert und wer verliert“ behandelt.

Auch die destruktiven Wirkungen des Assoziierungsabkommens mit der Ukraine werden thematisiert. Mit dem alten und neuen Feindbild Russland führt die EU nicht nur seit 2014 einen Wirtschaftskrieg. Hinzu kommt verstärkt ein politischer Feldzug, wobei vom Autor exemplarisch die Kampagnen gegen russische Medien genannt werden, denen „Desinformation“ vorgeworfen wird. Besonders erwähnt wird die Resolution des EU-Parlamentes vom 19. September 2019, in dem der Hitler-Stalin-Pakt als eigentlicher Auslöser des zweiten Weltkrieges deklariert wird.

Das letzte Kapitel mit der Überschrift „Brüssels Todesvirus“ geht auf den chaotischen Umgang der EU mit der Corona-Pandemie ein, wie er sich bei Redaktionsschluss des Buches im August 2020 dargestellt hat. Dieser Eindruck hat sich sicherlich in den letzten Monaten mit dem EU-Impfchaos noch verstärkt und bestätigt die Bewertungen des Autors.

Eindeutig zu kurz kommt in dem Buch der letzte Abschnitt „Europa ohne EU“ denken. Die dort skizzierten Grundsätze sind zwar richtig, jedoch wird auf durchaus vorhandene institutionelle Rahmenbedingungen überhaupt nicht eingegangen. So wird der gesamteuropäische Europarat vom Autor nur an anderer Stelle im historischen Kontext kurz erwähnt, die 1975 etablierte KSZE und daraus hervorgegangene OSZE überhaupt nicht. Sicherlich ist dieses der bewussten Marginalisierung dieser Strukturen bzw. Organisationen geschuldet, jedoch wäre genau das ein zukunftsweisender politischer Anknüpfungspunkt.

Trotz der Oberflächlichkeiten am Schluss des Buches gibt der Gesamthalt einen tiefer gehenden, desillusionierenden Blick auf die Geschichte, undemokratische Strukturen und fehlende Perspektiven der EU, der auch zur Kritik der EU-Militarisierung unverzichtbar ist.

Karl-Heinz Peil



Aufruf zum Ostermarsch 2021: Abrüsten! Für den Frieden, für das Klima, für die Menschen!

Das letzte Jahr hat gezeigt, wie verletzlich unsere Erde und das Leben der Menschen ist. Der Klimawandel, zu dem das Militär als einer der größten Umweltzerstörer erheblich beiträgt, verursachte zahlreiche Naturkatastrophen. Eine lange als drohende Möglichkeit vorhergesagte Pandemie stieß vielerorts auf ein unvorbereitetes und auf Gewinnoptimierung zusammen gespartes Gesundheitswesen und forderte und fordert weiter zahlreiche Opfer.

In weiten Teilen der Welt ist die Ernährungssituation prekär. Hunger, Armut und Krieg zwingen Millionen zur Flucht. Angesichts dieser Herausforderungen wirken die parallel dazu bewusst und planvoll betriebene militärische Hochrüstung und die vielen unvermindert opferreich und grausam geführten Kriege als Brandbeschleuniger.

Gesundheit statt Rüstung!

Ausgerechnet zu einem Höhepunkt der Coronapandemie im Dezember, als die Intensivstationen sichtbar überlastet und unterfinanziert waren, stieg der Rüstungshaushalt auf eine Rekordsumme von 53 Mrd Euro (einschließlich der in anderen Haushaltstiteln versteckten Posten) – bei gleichzeitiger Senkung der Ausgaben für Gesundheit um 5,95 Milliarden Euro!

Es ist mehr als zynisch, wenn die Bundesregierung in ihr „Konjunktur- und Zukunftspaket“ zur Bekämpfung der Coronapandemie 3,2 Mrd. für die Aufrüstung der Bundeswehr einstellt.

Eine solche Politik ist obszön.

Weg mit den Atomwaffen!

Fassungslos stehen wir vor der Tatsache, dass weltweit 1800 Atomwaffen in ständiger Bereitschaft gehalten werden. Der Einsatz eines Bruchteils von ihnen würde alles Leben auf der Erde auslöschen. Gleichzeitig wurden auf Initiative der USA nahezu alle noch gültigen Rüstungskontrollverträge gekündigt.

Der am 22. Januar dieses Jahres in Kraft getretene UNO Atomwaffenverbotvertrag dagegen, wurde weder von den USA noch den NATO-Staaten, noch von allen anderen Atomwaffen-Staaten unterschrieben.

Doch statt den Atomwaffenverbotvertrag zu unterzeichnen, will die Bundesregierung 138 neue Kampfflugzeuge anschaffen. Darunter sind 30 F-18 Kampffjets, die für den Einsatz von US-Atomwaffen im Rahmen der so genannten "Nuklearen Teilhabe" vorgesehen sind.

Schluß mit dem Sabelrasseln!

Wir sehen mit Sorge eine zunehmend aggressiver werdende politische Rhetorik vor allem gegenüber Russland und China. Diese wird begleitet von einer militärischen Einkreisungspolitik: durch die Ausdehnung der NATO, Manöver und Truppenaufmärsche in Osteuropa und im Südchinesischen Meer.

Das führt zu einer Eskalation der militärischen Provokationen durch immer ausgedehntere militärische Machtdemonstrationen.

Die Bundeswehr befindet sich in zahlreichen Auslandseinsätzen. In Afghanistan bleibt die Bundeswehr trotz Verhandlungen und US-Truppenabzug weiter militärisch aktiv.

Der Bundeswehreinsatz in Mali wurde auf die gesamte Sahelregion ausgeweitet.

Innerhalb der EU treibt die Bundesregierung gemeinsam mit Frankreich den Ausbau der EU als eigenständige geopolitisch agierende Militärmacht weiter voran.

Umdenken!

Es ist höchste Zeit, sich auf die wirklichen Probleme zu konzentrieren, anstatt der Wahnidee nachzuliegen, irgendeine Menschheitsbedrohung könne durch Waffen, Militär und Krieg gelöst werden!

Wir brauchen ein Umdenken.

Wir brauchen eine neue Politik der Zusammenarbeit statt der Konfrontation!

Wir brauchen diplomatische und politische Methoden der Konfliktbewältigung, statt ständig neue Kriegs- und Militäreinsätze.

Wir fordern:

- Abrüsten statt aufrüsten! Kein Geld für Waffen und Militär, sondern für Bildung, Gesundheit, ein solidarisches Sozialsystem, für zivile internationale Solidarität zur Angleichung der weltweiten Lebensverhältnisse auf einem menschenwürdigen Niveau.

- Beendet den atomaren Wahnsinn! Beitritt Deutschlands zum UN-Atomwaffenverbotvertrag und Initiativen zu seiner Durchsetzung! Abzug der Atomwaffen aus Deutschland!

- Eine neue Entspannungspolitik weltweit! Schluss mit dem militärischen Aufmarsch nach Osten. Brücken für Menschen, nicht für Panzer!

- Fluchtursache Krieg überwinden. Sichere Häfen für Flüchtlinge!

- Rüstungsexporte stoppen! Konversion von Rüstungsunternehmen und militärischen Liegenschaften!

US-Kommandozentralen EUCOM und AFRICOM schließen!

- Sofortige Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr!

- Austritt aus der NATO mit dem Ziel ihrer Auflösung.

- Kein Ausbau der EU zur Militärunion! (PESCO)

- Mehr Friedensbildung!

Keine Bundeswehr in Bildungseinrichtungen, auf Ausbildungsmessen und in unserem Stadtbild. Kein Werben fürs Sterben – keine Normalisierung des Militärs! Deshalb rufen wir auf zum Ostermarsch!

Ostermarsch-Termine

Stuttgart: Sa. 3.4. 12 Uhr Hbf

Ellwangen: Sa. 3.4. 10:30 Uhr

Ulm: Sa. 3.4. 12 Uhr

Offenburg: Sa. 3.4. 14 Uhr

Müllheim: Mo. 5.4. 14 Uhr

Überlingen: Mo. 5.4. Int. Friedensweg

Petition an die Bundesregierung: Atomwaffenverbot unterzeichnen



122 Staaten haben im Juli einen Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beschlossen. Bislang fehlt Deutschland bei diesem historischen Abkommen. Wir fordern: Die Bundesregierung muss das Verbot unterzeichnen und den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland veranlassen!

Als Bürgerin oder Bürger unterzeichne ich symbolisch den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen und drücke damit meinen Willen aus, dass die Bundesrepublik Deutschland diesem Abkommen beiträgt.

Warum ist das wichtig?

Die sogenannte Domsday Clock steht auf 100 Sekunden vor Zwölf. Denn die Gefahr eines Atomkriegs kombiniert mit dem Klimawandel bedroht die Welt wie noch nie. Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge werden nach und nach aufgekündigt. 2019 traten zunächst die USA mit Unterstützung der NATO und in dessen Folge Russland den für Europas Sicher-

heit besonders wichtigen Vertrag über Mittelstreckenraketen (INF) aus. Auch der letzte noch bestehende Rüstungskontrollvertrag New START zwischen den USA und Russland ist bedroht.

Solange es Atomwaffen gibt, bedroht die nukleare Abschreckung gekoppelt mit irrationalem Verhalten von Politikern die gesamte Menschheit. Gleiches gilt für mögliche Irrtümer über einen vermeintlichen Angriff des Gegners. Deshalb gehören Atomwaffen geächtet und abgeschafft.

Im Juli 2017 haben 122 Staaten den UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beschlossen. Die Bundesregierung spricht zwar gerne vom Ziel einer atomwaffenfreien Welt, doch wenn es konkret wird, beugt sie sich dem Druck der USA und boykottiert dieses wichtige Abkommen. Mehr noch: Mit der bevorstehenden Stationierung zielgenauerer Atombomben in Büchel (Rheinland-Pfalz) und die Neuanschaffung von Flugzeugen für den Atomwaffeneinsatz steckt Deutschland mitten in der nuklearen Aufrüstungsspirale der USA.

Der Vertrag erklärt den Einsatz und die Drohung mit Atomwaffen für inakzeptabel.

Gleichzeitig enthält er konkrete Vorgaben und Kontrollmaßnahmen: Wenn Deutschland beiträgt, müssen beispielsweise die US-Atomwaffen aus

Büchel abgezogen werden und Bundeswehrpiloten dürfen nicht mehr den Abwurf dieser Bomben üben.

Wollen wir Abrüstung, so dürfen wir nicht auf die Atommächte warten. Wenn Deutschland als wichtiger NATO-Staat dem Verbot beiträgt, kann dies der Durchbruch sein und weitere Länder werden folgen. Wenn Deutschland jedoch weiter blockiert, stützt dies eine Eskalationspolitik. Die Bundesrepublik muss sich daher von der Atomwaffenpolitik der USA emanzipieren und das Völkerrecht stärken.

Das Nobelpreiskomitee sah in dem Atomwaffenverbot eine historische Chance und würdigte daher den Einsatz der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) mit dem Friedensnobelpreis 2017. Die Bundesregierung hat die Gelegenheit, einen Wandel in der Nuklearpolitik einzuleiten und sich für das Verbot und gegen Atomwaffen in Deutschland einzusetzen.

Dies ist eine Aktion von ICAN Deutschland (Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen), IPPNW Deutschland (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges) und der Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“, in Zusammenarbeit mit Greenpeace und mit dem Trägerkreis „Atomwaffen abschaffen – bei uns anfangen“. Sie steht ebenfalls auf der Plattform WeAct.

Infos unter:
<https://aktion.nuclearban.de/>



22. Januar 2021: Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrags

Die meisten örtlichen Friedensinitiativen in Deutschland organisierten an diesem Tag Kundgebungen, um diesen Erfolg zu feiern und ihre Forderungen zu unterstreichen.

Foto: Kundgebung in Frankfurt a.M. vor dem Denkmal für Otto Hahn, dem Entdecker der Kernspaltung und in späteren Jahren engagierten Wissenschaftler gegen eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr.